



Die Renteneinheit muss bis 2017 kommen

Die Renteneinheit muss bis 2017 kommen
Zur Ankündigung von Bundeskanzlerin Angela Merkel, bis 2017 einen Fahrplan für die Angleichung der Ostrenten bis zum Jahr 2020 vorzulegen, erklären die Spitzenkandidaten der LINKEN für die Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg, Bodo Ramelow, Rico Gebhardt und Christian Görke:
Für Bodo Ramelow, Spitzenkandidat der LINKEN in Thüringen, kommt die Ankündigung von Angela Merkel spät, er führt aus: "Angela Merkels Ankündigung kommt spät. Die Renteneinheit kommt 2020 für viele zu spät. Es gibt keinen vernünftigen Grund, warum die Bundeskanzlerin bis zum Wahljahr 2017 warten will, um einen Fahrplan zu beschließen, der die Ostrentenangleichung auf das 30. Jahr nach der Wiedervereinigung verschiebt. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, gleiche Rente für gleiche Lebensleistung in Ost und West, dieses Prinzip entspricht dem Geist des Grundgesetzes. Die Ostrentenangleichung ist kein Almosen sondern ein Anrecht der Rentnerinnen und Rentner im Osten."
Der Spitzenkandidat der Brandenburger LINKEN, Christian Görke, fordert die Renteneinheit bis zum Ende der Legislaturperiode des Bundestages 2017: "Wir wollen, dass die Renteneinheit bis zum Ende dieser Legislaturperiode des Bundestages realisiert wird. Dort wo wir Verantwortung in Landesregierungen übernehmen, bleibt diese Forderung auf der politischen Agenda. Wir werden uns nicht damit abfinden, dass auch diese Bundesregierung die Renteneinheit auf die lange Bank schiebt und auf die biologische Lösung setzt. Bis zum Jahr 2017 muss der Rentenwert Ost an den Rentenwert West angeglichen werden. Wir warnen die Bundesregierung vor Trickereien. Die Renteneinheit muss ohne Schlechterstellung der Beschäftigten und Rentnerinnen und Rentner in Ost und West realisiert werden."
Sachsens Spitzenkandidat Rico Gebhardt sieht die Renteneinheit als Teil einer notwendigen großen sozialen Rentenreform: "Die Renteneinheit muss Teil einer großen sozialen Rentenreform werden, die das Prinzip der Sicherung des erreichten Lebensstandards im Alter wieder zur Richtschnur der gesetzlichen Rentenversicherung macht. Wir brauchen eine neue Rentenformel, die dafür sorgt, dass die Renten wieder mit den Löhnen steigen. Wir brauchen eine solidarische Mindestrente, die im Alter zuverlässig vor Armut schützt. Und wir wollen nicht zuletzt, dass die Rente ab 67 zurück genommen wird."
DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 24009 543 oder -4
Telefax: 030 24009 220
Mail: bundesgeschaeftsstelle@die-linke.de
URL: <http://die-linke.de>  http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pnr_=572693

Pressekontakt

DIE LINKE

10178 Berlin

die-linke.de
bundesgeschaeftsstelle@die-linke.de

Firmenkontakt

DIE LINKE

10178 Berlin

die-linke.de
bundesgeschaeftsstelle@die-linke.de

Die Partei DIE LINKE vereinigt seit Mitte 2007 unterschiedliche politische Kräfte aus Ost- und Westdeutschland, Menschen mit DDR-Biografien und Menschen mit BRD-Biografien. Sie weiß, dass sie die seltene historische Gelegenheit hat, aus unterschiedlichen Erfahrungen, gewonnen in Ost und West und im vereinigten Deutschland, etwas neues, eine gesamtdeutsche Linke aufzubauen.